



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15883
Mittwoch, 19. August 2020

EU-Kommission lehnt Totalverbot von Glyphosat neuerlich ab	1
Bauernbund zu Glyphosat: EU-Kommission hat unsere Sichtweise bestätigt	2
IGP begrüßt Entscheidung der EU-Kommission zu Glyphosat	3
Heimische Inflation stieg im Juli 2020 auf 1,7%	4
OÖ: Bundesministerin Köstinger besucht Bauernladen "Lebens.mittel.punkt"	5
Ukraine verzeichnet deutlichen Exportrückgang bei Milch- und Fleischprodukten	6
Land OÖ: Biodiversitätsreiche Forststraßen leisten wichtigen Beitrag zum Naturschutz	6
Tirol: Wolfsproblematik nicht schamlos ausnutzen	7
LK OÖ: Positiven Spirit des Selberkochens bewahren	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Kommission lehnt Totalverbot von Glyphosat neuerlich ab

Rechtsauffassung der LK Österreich bestätigt

Wien, 19. August 2020 (aiz.info). - Die Europäische Kommission hat am 17. August in einem Schreiben festgestellt, dass der Nationalratsbeschluss im Wahlkampf 2019 zum Totalverbot des Wirkstoffes Glyphosat nicht mit dem geltenden Unionsrecht vereinbar ist. Die Landwirtschaftskammer (LK) Österreich sieht sich aufgrund der kritischen Bemerkungen der EU-Kommission in ihrer Rechtsauffassung einmal mehr bestätigt. Die bäuerliche Interessenvertretung hatte mehrfach vor dem rechtswidrigen Beschluss des Totalverbots gewarnt und fachliche Bedenken dagegen geäußert.

* * * *

Bauern brauchen Sicherheit und Fairness

Die EU-Kommission hat ihre Beurteilung auf Basis geltenden EU-Rechts getroffen und gut begründet. Damit besteht für die österreichischen Landwirte - nach einer Phase der Verunsicherung durch rechtswidrige Gesetzesbeschlüsse - jetzt hoffentlich Rechts- und Planungssicherheit. Bäuerinnen und Bauern müssen sich auf die Ergebnisse der Wissenschaft verlassen können. Auch die Politik sollte sich in ihren Entscheidungen auf Wissenschaft und zuständige Behörden stützen und nicht dem Populismus und taktischen Überlegungen folgen, betont die Landwirtschaftskammer. Ein nationaler Alleingang in Form eines Totalverbots dieses Wirkstoffes hätte einen enormen Wettbewerbsnachteil für die heimischen Landwirte bedeutet, hätte aber Lebensmittelimporte, die unter Anwendung von Glyphosat produziert wurden, nicht verhindern können. "Unsere bäuerlichen Betriebe brauchen auf dem EU-Binnenmarkt faire Bedingungen, auch im Pflanzenschutzmittelbereich", so die LK Österreich.

"Österreichs Landwirtschaft betreibt Pflanzenschutz grundsätzlich nach dem Prinzip 'So wenig wie möglich, so viel wie unbedingt nötig'. Sinnvoll und verantwortungsvoll eingesetzt, wie durch strenge österreichische Zulassungen sichergestellt, ist Glyphosat ein wertvolles Instrument für Bodenschutz, Ressourceneffizienz und damit Nachhaltigkeit. Es ist gerade in Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse ein unverzichtbares Instrument zur Verhinderung der Bodenerosion", wird vonseiten der Landwirtschaftskammer betont.

EU-Rechtsexperte Obwexer: Nationaler Alleingang nicht EU-rechtskonform

Nach dem Antwortschreiben der EU-Kommission zum Glyphosat-Verbot in Österreich hat Europarechtsexperte **Walter Obwexer** in einem Statement gegenüber der APA unterstrichen, dass dies eine Bestätigung seines Gutachtens aus dem Vorjahr sei. In diesem wies er darauf hin, dass ein nationaler Alleingang eines generellen Totalverbots nicht EU-rechtskonform sei und daher Anwendungsverbote die Lösung wären.

Für den der EU-Kommission zur Notifizierung vorgelegten Entwurf des Bundesgesetzes zur Änderung des Pflanzenschutzmittelgesetzes in Österreich fehlen gegenwärtig weiter die EU-rechtlichen Voraussetzungen, so Obwexer. Daher müsse sich Österreich an das geltende EU-Pflanzenschutzmittelrecht halten, das glyphosathaltige Herbizide erlaube und nur wenige Verwendungsbeschränkungen vorsehe, betont der Experte vom Institut für Europarecht und Völkerrecht Innsbruck.

Auch auf den Vorwurf der NGO "Global 2000", es handle sich beim Schreiben der Kommission um keine "Stellungnahme", sondern nur um "Bemerkungen", ging der EU-Rechtswissenschaftler ein: Er kläre gerne dahingehend auf, dass die "auf Artikel 5 Absatz 2 Richtlinie 2015/1535 gestützten 'Bemerkungen' der Kommission als 'ausführliche Stellungnahme' im Sinne Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie 2015/1535 zu werten" sind. Infolgedessen sei Österreich unionsrechtlich verpflichtet, die Bemerkungen der EU-Kommission zu berücksichtigen beziehungsweise die Kommission über die Maßnahmen, die Österreich als Mitgliedstaat aufgrund der ausführlichen Stellungnahmen zu ergreifen beabsichtigt, zu unterrichten, so Obwexer.

Chronologie der bisherigen Entwicklung

Das österreichische Parlament hatte am 28. August 2019 im sogenannten "freien Spiel der Kräfte" vor den vorgezogenen Nationalratswahlen ein "Bundesgesetz, mit dem das Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geändert wird" ohne die übliche begleitende Bewertung und Folgenabschätzung beschlossen und in weiterer Folge zur Notifizierung der Europäischen Kommission vorgelegt. Mit diesem Gesetz sollte das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat im Sinne des Vorsorgeprinzips verboten werden.

Das Totalverbot wurde allerdings erst nach dem Beschluss im Parlament an die EU-Kommission zur Notifizierung geschickt, obwohl laut EU-Recht jede technische Vorschrift bereits in einer Entwurfsphase, also vor ihrem Beschluss, unverzüglich mitzuteilen ist. In ihrem Antwortschreiben kritisierte die Kommission diese Vorgehensweise und stellte ein Vertragsverletzungsverfahren in den Raum. Die damalige Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein ließ daher wegen dieses Formalfehlers das Gesetz nicht in Kraft treten.

Nach den Nationalratswahlen wurde von der SPÖ ein neuerlicher Gesetzesantrag zum Totalverbot von Glyphosat im Parlament eingebracht, dieser wurde im Dezember 2019 im Plenum beschlossen. Für eine ordnungsgemäße Notifizierung bei der EU-Kommission ist jene Stelle zuständig, die den Gesetzestext einbringt - im konkreten Fall ist das der Parlamentsklub der SPÖ. Bereits Anfang März 2020 hatte die Parlamentsdirektion das ausgefüllte Formular für die Notifizierung an den SPÖ-Klub geschickt und ihn Mitte Mai erneut schriftlich daran erinnert, dass er die Notifizierung einleiten solle. Nachdem dies trotz mehrmaliger Aufforderung nicht geschehen war, ergriff die Parlamentsdirektion selbst die Initiative und leitete die Notifizierung in Brüssel ein. Kurz vor Ablauf der dreimonatigen gesetzlichen Stillhaltefrist hat jetzt die Kommission ihre kritischen Bemerkungen zu diesem Gesetz übermittelt. (Schluss)

Bauernbund zu Glyphosat: EU-Kommission hat unsere Sichtweise bestätigt

Kommission entschied gegen nationales Totalverbot bei diesem Pflanzenschutzmittel

Wien, 19. August 2020 (aiz.info). - Die EU-Kommission spricht sich deutlich gegen den von der SPÖ eingebrachten Antrag zum Totalverbot von Glyphosat in Österreich aus. "Damit entscheidet die EU-Kommission auf Basis geltenden EU-Rechts und für uns völlig nachvollziehbar. Diese Entscheidung haben wir erwartet, da alles andere zu einer Ungleichbehandlung der Nationalstaaten beigetragen hätte", so Bauernbund-Präsident

Georg Strasser in einer ersten Reaktion. * * * *

Die EU-Kommission hatte gemäß EU-Recht zum österreichischen Gesetzesvorschlag für ein Totalverbot Stellung zu nehmen und hat nun eine Antwort geliefert. Das deutliche Nein zum nationalen Glyphosatverbot ist fachlich und rechtlich durch die sogenannte "Glyphosat-Machbarkeitsstudie" untermauert, welche im ersten Halbjahr 2019 erstellt und von den beteiligten Institutionen, wie zum Beispiel der Universität für Bodenkultur, präsentiert wurde. "Wir treten für sparsame Anwendung durch sachkundige Personen in begrenzten sinnvollen Fällen ein, sprechen uns aber ganz klar gegen nationale Alleingänge aus", so Strasser. (Schluss) - APA OTS 2020-08-19/11:05

IGP begrüßt Entscheidung der EU-Kommission zu Glyphosat

2022 startet transparenter Wiederzulassungsprozess

Wien, 19. August 2020 (aiz.info). - Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) unterstützt die Entscheidung der EU-Kommission gegen ein Totalverbot von Glyphosat und sieht darin eine Absage an Populismus und verantwortungslose Panikmache. In ihrer Stellungnahme beurteilt die EU-Kommission den österreichischen Gesetzesvorschlag als nicht EU-rechtskonform. Zu dieser Erkenntnis kamen bereits die Machbarkeitsstudie der Universität für Bodenkultur in Wien (Quelle: APA0241 vom 1. Juli 2019) sowie der Europarechtsexperte Walter Obwexer (Quelle: APA0302 vom 14. Juni 2019). * * * *

Nach der Entscheidung der EU-Kommission mahnt die IGP nun wieder zu mehr Sachlichkeit im Agrardiskurs. "Die Landwirtschaft und Eigenversorgung Österreichs sollten nicht für das Wechseln politischen Kleingeldes missbraucht werden", so **Christian Stockmar**, Obmann der IGP. Er verweist dazu auf das laufende Wiederzulassungsverfahren für Glyphosat, das 2022 abgeschlossen sein wird. In dieses fließen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse ein und es ist vollkommen transparent. In Studien und Sitzungsprotokolle kann jederzeit Einsicht genommen und die Abarbeitung nachvollziehbar mitverfolgt werden.

Glyphosat mit hohem agronomischem Nutzen

Unkräuter sind gemessen an den Ertragsverlusten der bedeutendste Schadfaktor, da sie den Pflanzen Nährstoffe, Licht, Wasser und Raum nehmen. Auch für den Klima-, Boden- und Erosionsschutz leistet Glyphosat einen wichtigen Beitrag, indem es bodenschonende und humusbildende Anbauverfahren wie die Direkt- und Mulchsaat gewährleistet. Glyphosat wird dazu vor oder kurz nach der Saat ausgebracht und kommt mit der Kulturpflanze nicht in Berührung, erklärt die IGP. (Schluss)

Heimische Inflation stieg im Juli 2020 auf 1,7%

Die größten Preistreiber blieben erneut Wohnung, Wasser und Energie

Wien, 19. August 2020 (aiz.info). - Die österreichische Inflationsrate lag im Juli 2020 bei 1,7% (Juni 2020 1,1%). Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die Entwicklung der Preise für Bekleidung. "Nach spürbar günstigeren Preisen bei Mode im Mai und Juni fiel der übliche Schlussverkauf im Juli deutlich weniger ausgeprägt aus als in den letzten Jahren. Dadurch war Kleidung im Juli verglichen mit dem Vorjahr merklich teurer. Zusätzlich wirkten die Treibstoffpreise weniger preisdämpfend als zuletzt", erläutert Statistik-Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**. Die größten Preistreiber blieben erneut Wohnung, Wasser und Energie, gefolgt von Restaurants und Hotels. Wie im Juni betrafen die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 vor allem den Reise- und Unterhaltungsbereich und beeinflussten hier in geringem Ausmaß die Berechnung der Juli-Inflationsrate. * * * *

Preissteigerungen für Wohnen und Restaurants verantworteten Hälfte der Inflation

Die Preisanstiege in der Kategorie Wohnung, Wasser, Energie (+2,3%) beeinflussten die Inflationsrate mit +0,47 Prozentpunkten und erwiesen sich damit als stärkster Preistreiber im Jahresvergleich. Mieten stiegen insgesamt um 4,1%. Die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich durchschnittlich um 3,1%. Haushaltsenergie kostete im Mittel um 0,7% weniger, wozu vor allem niedrigere Heizölpreise beitrugen (-25,5%). Auch Gas wurde günstiger (-1,2%). Die Preise für Strom hingegen stiegen deutlich (+5,5%), jene für feste Brennstoffe und Fernwärme legten kaum zu (+0,4% beziehungsweise +0,2%).

In Restaurants und Hotels musste durchschnittlich um 3,3% mehr bezahlt werden. Nahezu allein verantwortlich dafür waren Teuerungen bei Bewirtungsdienstleistungen (insgesamt +3,7%), während Beherbergungen um 0,4% mehr kosteten.

Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich um 2,6%

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wurden durchschnittlich um 2,6% teurer. Fleisch kostete um 4,9% mehr als vor einem Jahr und Obst um 6,4% mehr. Die Preise für Milch, Käse und Eier stiegen im Mittel um 2,5%, jene für Brot und Getreideerzeugnisse um 1,6% sowie für Gemüse um 1,5%. Alkoholfreie Getränke verteuerten sich um 2,5%.

Für Bekleidung und Schuhe bezahlte man durchschnittlich um 3,5% mehr als vor einem Jahr. Im Juni hatten sich diese Produkte noch um 1,7% verbilligt. Bekleidungsartikel verteuerten sich merklich (+4,1%). Schuhe kosteten im Juli um 2,4% mehr. Die Nachrichtenübermittlung verbilligte sich durchschnittlich um 2,0%. Mobiltelefone kosteten um 9,1% weniger, die Ausgaben für Telefon- und Telefaxdienste gingen um 0,7% zurück.

Die Preise in der Kategorie Verkehr sanken durchschnittlich um 2,5%. Treibstoffe verbilligten sich insgesamt um 15,3% und damit merklich weniger als noch im Juni (-18,2%). Auch für Flugtickets musste weniger bezahlt werden (-9,7%). Neue Kraftwagen hingegen verteuerten sich durchschnittlich um 4,0%, für Reparaturen privater Verkehrsmittel musste um 3,8% mehr gezahlt werden.

Wöchentlicher Einkauf billiger geworden

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf widerspiegelt, stieg im Jahresvergleich um 3,9% (Juni +3,6%). Der Preis für einen Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, ging im Jahresabstand um 1,0% zurück (Juni -1,7%).

Die harmonisierte, auf europäischer Ebene vergleichbare österreichische Inflationsrate betrug 1,8% und war somit um 0,1 Prozentpunkte höher als der nationale Verbraucherpreisindex. Im Euroraum stieg dieser Wert auf 0,4%, in der gesamten EU legte er auf 0,9% zu. (Schluss) kam

OÖ: Bundesministerin Köstinger besucht Bauernladen "Lebens.mittel.punkt"

Nahversorger für regionale und saisonale Lebensmittel

Linz, 19. August 2020 (aiz.info). - Im Rahmen ihres Oberösterreich-Tages hat Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** heute den neuen Bauernladen "Lebens.mittel.punkt" in Eferding besucht. Das genossenschaftliche Unternehmen wurde im Juni 2020 offiziell eröffnet und ist ein Nahversorger für regionale sowie saisonale Lebensmittel. Ziel war es, einen gemeinsamen Bauernladen am ehemaligen Standort der Bezirksbauernkammer Eferding zu gründen - dort findet auch der Verkauf statt. * * * *

Unter der Marke "Efi" werden im Bauernladen Spezialitäten aus der Region angeboten - biologisch, naturbelassen oder konventionell produziert. Das Sortiment reicht von Obst, Gemüse und Getreide bis hin zu frisch gebackenem Bauernbrot und neu kreierten Produkten von bäuerlichen Familienbetrieben. Das Unternehmen verwendet umweltfreundliches und nachhaltiges Verpackungsmaterial.

"Dieser Bauernladen ist ein Musterbeispiel für ein innovatives und gemeinschaftliches Projekt, das regionale Versorgung sicherstellt und alles bietet, was die Konsumenten tagtäglich brauchen", stellte Köstinger bei ihrem Besuch fest. "Die liefernden Bäuerinnen und Bauern produzieren zum Teil nur wenige hundert Meter vom Laden entfernt ihr Gemüse. Regionaler und näher kann Versorgung nicht sein", so die Ministerin.

"Die Corona-Krise hat die Wichtigkeit einer regionalen Lebensmittelproduktion und einer krisensicheren Landwirtschaft deutlich aufgezeigt. Die Konsumenten wollen wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und sie schätzen den Wert von echter, bäuerlicher Qualität. Wir müssen den einfachen und direkten Zugang zu diesen Produkten verstärken", unterstrich Köstinger.

Die Genossenschaft besteht aus insgesamt 40 Bäuerinnen und Bauern sowie innovativen Kleinbetrieben. Die Mitglieder stammen zum Großteil aus dem Bezirk Eferding - die Produkte kommen somit direkt von den Betrieben aus der Region. Geschäftsführerin ist Natalie Eisenhuber, als Obfrau fungiert Christa Zeiner. Die Genossenschaft ist Mitglied beim Raiffeisenverband Oberösterreich. Finanziell unterstützt wird das Projekt vom Land Oberösterreich und aus den Fördergeldern der Ländlichen Entwicklung. (Schluss)

Ukraine verzeichnet deutlichen Exportrückgang bei Milch- und Fleischprodukten

Größtes Minus bei Butter

Kiew, 19. August 2020 (aiz.info). - Aus der Ukraine sind im ersten Halbjahr 2020 Molkereierzeugnisse in einem Gesamtwert von rund 116,2 Mio. USD (97,6 Mio. Euro) exportiert worden und damit fast um ein Viertel weniger als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, berichtet die Regierungszeitung "Urjadowyj Kurjer" unter Berufung auf Angaben der nationalen Milchproduzenten-Assoziation. Am deutlichsten - um 43% - gingen dabei die Ausfuhren von Butter zurück. Exporteinbußen wurden auch bei den meisten anderen Milchprodukten mit Ausnahme von Kasein, Speiseeis und Molke verzeichnet. In der gleichen Zeit sind die Importe von Produkten dieser Warengruppe in die Ukraine um 60% auf etwa 140 Mio. USD (117,6 Mio. Euro) ausgeweitet worden.

* * * *

Die Produzentenorganisation führte die Steigerung des Außenhandelsdefizits vor allem auf eine Senkung der Einfuhrzölle im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurück. Ebenfalls gesunken sind im Berichtszeitraum die ukrainischen Exporte von Fleisch und Fleischerzeugnissen, und zwar um 12,2% auf zirka 319 Mio. USD (268 Mio. Euro). Dem Kiewer Institut für Agrarökonomie zufolge handelt es sich hierbei um eine erste negative Entwicklung seit fünf Jahren, die ebenfalls auf die Einschränkungen des internationalen Handels infolge der Pandemie zurückzuführen ist. (Schluss)

pom

Land OÖ: Biodiversitätsreiche Forststraßen leisten wichtigen Beitrag zum Naturschutz

Sorgfältige Errichtung soll Flora und Fauna nicht negativ beeinträchtigen

Linz, 19. August 2020 (aiz.info). - Forststraßen sind nicht nur für die Bewirtschaftung unserer heimischen Wälder unersetzlich, sie bilden auch einen beträchtlichen Teil des Wanderwegenetzes und leisten bei biodiversitätsfreundlicher Gestaltung einen aktiven Beitrag zum Naturschutz, verweist Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** auf 16.000 km Lkw-taugliche Forststraßen in Oberösterreich. "Forststraßen ermöglichen erst eine schonende Holzernte, die Aufforstung mit unterschiedlichen Baumarten sowie die Schadholzaufarbeitung nach Wetterextremen oder Borkenkäferbefall. Jede Erschließung durch eine Forststraße bedeutet aber auch einen Eingriff in das Waldökosystem. Bei der Errichtung ist höchste Sorgfalt notwendig, damit die Wege ins Landschaftsbild passen sowie Flora und Fauna nicht negativ beeinträchtigen. Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz ermöglicht es, kosteneffizient und ökologisch wertvoll zu bauen", so Hiegelsberger. Die fachgerechte Planung und Bauausführung erfolge nach strengen ingenieurtechnischen Grundsätzen und für einen Großteil der Forstwege sei in Oberösterreich neben der forstrechtlichen auch eine naturschutzrechtliche Bewilligung erforderlich. * * * *

Eine seitens der Österreichischen Bundesforste AG durchgeführte Studie zeigt, dass Forststraßen einen naturschutzfachlich wertvollen Lebensraum für viele Pflanzen- und Tierarten bieten können. Die ebenso von den Bundesforsten wissenschaftlich erarbeitete Broschüre "Aktiv für biologische Vielfalt an Forststraßen" enthält Handlungsempfehlungen und beispielhafte Maßnahmenvorschläge

für Planung, Bau sowie Pflege von Forststraßen und kann unter www.bundesforste.at/service-presse/publikationen heruntergeladen werden. "Werden Straßenränder bereits im Mai oder Juni - dem Höhepunkt der Blütezeit - gemäht, bedeutet dies das abrupte Ende für den gesamten Sommerflor. Pflanzen können keine Samen bilden und mehrjährige Arten keine Nährstoffe in die Speicherorgane einlagern. Die Wegrandpflege im Herbst spart oft eine Mährunde. An vielen Orten genügt es auch, nur jedes zweite Jahr zu mähen, ohne dass die Sicht und damit die Sicherheit beeinträchtigt werden", so Hiegelsberger. Um die Ausbreitung von gebietsfremden Arten - sogenannten Neophyten - soweit wie möglich zu vermeiden, ist eine gründliche Reinigung der Maschinen durchzuführen.

Weitere Informationen zum Thema "Forststraße als Lebensraum" stellt der Oberösterreichische Landesforstdienst auf der Homepage des Amtes der OÖ Landesregierung unter www.land-oberoesterreich.gv.at/forststrassen bereit. (Schluss)

Tirol: Wolfsproblematik nicht schamlos ausnutzen

Raggl und Monz kritisieren inszenierte Unterstützungen

Innsbruck, 19. August 2020 (aiz.info). - Viele Bergbauern aus dem Tiroler Oberland sind über die medienwirksame Errichtung einer Schafpferch in Kooperation mit dem WWF, die nach drei Tagen wieder abgebaut wurde, empört. "Jeder, der in Tirols Bergwelt unterwegs ist, weiß um die Beschaffenheit unserer Schafalmen Bescheid und es leuchtet auch einem Nicht-Bauern ein, dass dort das Errichten von Elektrozäunen und Schafpferchen in den allermeisten Fällen schlichtweg nicht möglich ist. Die Bauern in Tirol haben ein großes Problem mit dem Wolf. Bereits auf zehn Almen mussten die Tiere abgetrieben werden und der WWF nutzt diese Problematik schamlos aus, um seine Spendeneinnahmen zu maximieren", ärgert sich Bezirksbauernobmann **Elmar Monz**. * * * *

"Auf der Homepage des WWF wird unter anderem eine Wolf-Patenschaft mit 15 Euro im Monat beworben, mit der Nutztierhalter bei der Anschaffung von Elektrozäunen, Herdenschutzhunden und der Bezahlung der Hirten vom WWF unterstützt werden. Jetzt frage ich mich nur, wohin diese Gelder in der Realität fließen. Bis jetzt ist mir kein Bauer in Tirol bekannt, der vom WWF tatsächlich Unterstützung erhalten hätte", kritisiert der Tiroler Bauernbund-Direktor **Peter Raggl**.

"Der WWF soll endlich aufhören, auf dem Rücken unserer Bauern Spenden zu maximieren sowie unrealistische Lösungen in Sachen Herdenschutz zu inszenieren und propagieren. Die Koexistenz von Wölfen und einer funktionierenden Almwirtschaft funktioniert in 90% der Fälle nicht. Kehrt der Wolf in den intensivst genutzten Alpenraum zurück, steht der Erhalt der seit Jahrhunderten gepflegten traditionellen Tiroler Almwirtschaft auf dem Spiel. Die Folgen wären für ganz Tirol fatal", stellen Raggl und Monz abschließend fest. (Schluss)

LK OÖ: Positiven Spirit des Selberkochens bewahren

Seminarbäuerinnen bieten ab Oktober wieder Kochkurse an

Linz, 19. August 2020 (aiz.info). - Der Corona-Lockdown war für viele eine gute Lehrzeit in Sachen Selberkochen und Wertschätzung gegenüber der regionalen Lebensmittelproduktion. Die Zugriffszahlen auf diverse Food-Blogs und Rezeptseiten sind in den letzten Monaten enorm gestiegen, vielen Kochmuffeln wurde ungewollt ein Motivationsschub verpasst. Selbst am Herd zu stehen, eigenes Gemüse und Kräuter zu ziehen, Brotbacken, Obst und Gemüse für den Winter einzukochen sowie beim Bauern des Vertrauens einzukaufen, hat für viele eine ganz neue Wertigkeit bekommen. "Den positiven Spirit dieser Krise in die viel zitierte neue 'Normalität' mitzunehmen und im Alltag weiterzuleben, das wäre mehr als wünschenswert", erklärt Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger**, und weiter: "Denn der bewusste und nachhaltige Umgang mit Lebensmitteln vom Einkauf bis auf den Teller erhöht unser Bewusstsein für natürliche Lebensgrundlagen sowie Kreisläufe und ist eine fundamentale Alltagskompetenz für jeden Einzelnen." * * * *

Der Wissenshunger rund um Lebensmittel ist enorm. Es ist zeitgeistig, sich mit Nahrungsmitteln in all seinen Facetten zu beschäftigen. Gerade die Jugend kocht meist intuitiver, unkomplizierter und ohne fixe Rezepte. Die Plattform www.esserwissen.at liefert dazu einen spannenden Einblick zu folgenden Themen: Bewusster Einkauf, Lagerung, Verarbeitung, Vorratshaltung, Saisonalität und Regionalität, Produktion und die ernährungsphysiologische Bedeutung einzelner Lebensmittel. Ein Highlight ist die Rubrik "Kochen ohne Rezept" mit vielen kreativen Anregungen sowie Lösungen für köstliche, nachhaltige und flotte Pfannengerichte, unkomplizierte Gerichte vom Blech, zauberhafte Salat-Bowls, ideenreiche Knödel- und Eierspeisvariationen etc. Für all jene, die auf der Suche nach einer schnellen alltagstauglichen Küche, Ideen für die Vorratshaltung oder Festtagsgerichte sind, empfiehlt sich die Rezept-Homepage der Seminarbäuerinnen www.regionale-rezepte.at mit fast 1.000 erprobten und leicht umsetzbaren Rezepten.

Kochen lernen mit den Seminarbäuerinnen

Ab Oktober startet das Ländliche Fortbildungsinstitut (LFI) der LK OÖ wieder mit den beliebten Kochkursen der Seminarbäuerinnen. Willkommen sind Kochbegeisterte jeder Altersklasse. Das bunte Programm der erfahrenen Praktikerinnen bietet für jeden Geschmack etwas: herzhafte Hausmannskost, süße Leibspeisen, flotte Küche oder Kurse wie Brotbacken, Gemüse fermentieren oder Milchverarbeitung für den Hausgebrauch. Auf www.seminarbaeuerinnen-ooe.at sind alle aktuellen Themen und Termine abgebildet. (Schluss)